



# Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 4 / 2009

Nr. 30 – Das deutsche Stadtblatt – im Kampf gegen die Dummheit

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76      Weltnetz: [www.auslaenderstopp.de](http://www.auslaenderstopp.de)

ePost: [info@auslaenderstopp.de](mailto:info@auslaenderstopp.de)

## „Perspektivisch keine Transfer- Leistungen an Einwanderer mehr“

### Offener Brief an OB Maly

**S**ehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die vorgenannte, Ihnen sicher bekannte, Forderung von Thilo Sarrazin, ehemaliger Finanzsenator von Berlin und derzeitiger Bundesbankvorstand, ermöglicht eine weitreichende Lösung der prekären finanziellen Situation vieler Städte und Gemeinden. Millionen integrationsunfähige und/oder integrationsunwillige Wirtschaftsflüchtlinge stellen eine enorme Belastung der Sozialhaushalte dar. Jetzt, wo die Kassen leer sind, darf der Vorschlag Sarrazins kein Tabu mehr sein und nicht mit dem „Totschlagargument“ der angeblichen „Ausländerfeindlichkeit“ abgetan werden.

Auch in Nürnberg haben wir ein Problem mit den hohen und weiter steigenden Sozialkosten. Insbesondere haben wir einen hohen Anteil von Ausländern, die weit überproportional Sozialleistungen aller Art beziehen.

Und darüberhinaus belasten diese auch den Etat für Schule und Bildung übermäßig. Wir fordern Sie deshalb auf, für die Diskussion und die Verabschie-



**BIA-Stadtrat Ralf Ollert nimmt Stellung zu den Thesen Thilo Sarrazins.** Foto: privat

derung des Haushaltes 2010, die Belastungen des städtischen Haushaltes durch Ausländer ungeschminkt aufzuzeigen und konkrete Vorschläge für eine schrittweise Einstellung freiwilliger kommunaler Zahlungen und anderer Aufwendungen an Zuwanderer zu unterbreiten.

Auch die Kontrollmöglichkeiten für die Rechtmäßigkeit des Erhaltes von öffentlichen Zahlungen müßten wesentlich mehr ausgeschöpft werden.

Insbesondere fordern wir Sie auch dazu auf, in Zusammen-

arbeit mit den zuständigen Stellen von Bund und Land, dem „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“ (Aufenthaltsgesetz) Geltung zu verschaffen, welches die Ermessensausweisung von Ausländern vorsieht, die „für sich, Familienangehörige oder für sonstige Haushaltsangehörige Sozialhilfe in Anspruch nehmen“ (§ 55).

Wir verweisen auf die weitreichende Zustimmung, die Sarrazin von Bürgern und Experten erfahren hat. Es ist bekannt, daß vor allem die Integration von kulturfremden Zuwanderern immer mehr als gescheitert angesehen werden muß. Bereits vor einem Jahr hat der Stern-Redakteur Hans-Ulrich Jörges die Massenzuwanderung von Türken, Arabern und Afrikanern als eine „vergrabene Bombe“ bezeichnet, sie sei das „gefährlichste soziale Problem in Deutschland“. Diese Situation erfordert nunmehr endlich konkrete Maßnahmen!

Wenn diese zugewanderten Wirtschaftsflüchtlinge keine Geldleistungen mehr erhalten, verlassen sie, davon sind wir

überzeugt, innerhalb kurzer Zeit Deutschland wieder, da sich ihre Verbundenheit mit unserem Land in vielen Fällen auf das Sozialsystem beschränkt. Damit hätte auch Nürnberg wieder jenen finanziellen Spielraum zurück, den wir für die Lösung der sozialen Probleme unseres eigenen Volkes so dringend benötigen.

Als Nürnberger Oberbürgermeister sollten Sie hier die Initiative ergreifen und dafür sorgen, daß Nürnberg eine wohnliche deutsche Stadt bleibt und ihre Gemeinschaftsaufgaben so finanzieren kann, daß die zukünftigen Generationen nicht mit übermäßigen – nicht mehr tilgbaren – Schulden belastet werden. Es geht um die Investitions- und Entwicklungsfähigkeit unserer Stadt und somit um die gesicherte Zukunft unseres Gemeinwesens.

**Ralf Ollert, StR**  
Gruppensprecher

**Lesen Sie auf den Seiten 2-3:  
Stadtratsgruppe BIA Nürnberg:  
Grundsatzerklärung zum Haushalt 2010**

## Stadtratsgruppe Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) Nürnberg

# Grundsatzerklärung zum Haushalt 2010

Mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2010 wird erwartungsgemäß keine Wende in der Schuldenpolitik der Stadtverwaltung eingeleitet, sondern der verhängnisvolle bisherige Weg wird mit einer geplanten Nettoneuverschuldung von 58,5 Millionen Euro weiter fortgesetzt. Der Schuldenberg wächst weiter auf 1,136 Milliarden Euro im Kernhaushalt und auf 1,775 Milliarden Euro mit den städtischen Eigenbetrieben.

Das einst für 2010 beschlossene Ziel eines Haushaltes ohne Nettoneuverschuldung ist auf den St. Nimmerleinstag verschoben worden. Da in sträflicher Weise auch in besseren Jahren keine größeren Rücklagen geschaffen wurden, werden die vorhandenen zum Ende dieses Jahres aufgebraucht sein und für die kommenden Jahre zum Ergebnisausgleich nicht mehr zur Verfügung stehen. Das „Ende der Fahnenstange“ ist in Sicht. So kann es nicht mehr weitergehen.

Kommt die Konjunktur nicht schnell wieder in Schwung, wovon nicht auszugehen ist, wird wohl bald kein genehmigungsfähiger Haushaltsplan mehr aufgestellt werden können. Dabei fehlte es in den letzten Jahren nicht an warnenden Stimmen, sondern an der Einsicht der Mehrheit dieses Stadtrates, Maß zu halten und rechtzeitig die Weichen zur Konsolidierung zu stellen. Die **BIA** hat mit immerhin wieder 25 Änderungsanträgen beispielhaft aufgezeigt, daß man sparen könnte und wie Prioritäten zu setzen wären. Wir haben uns hier auf die Zuschüsse konzentriert, um deutlich zu machen, daß die Stadt nicht alle Privatinteressen und Begehrlichkeiten verschiedenster Gruppen mitfinanzieren, sondern sich

mit ihren finanziellen Mitteln in dieser Situation auf ihre Kernaufgaben beschränken sollte. Diese wären:

- der Erhalt und der Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur und des Öffentlichen Nahverkehrs,
- die Förderung der einheimischen Wirtschaft,
- die Förderung von Schule, Bildung und Breitensport, sowie
- die Unterstützung von Familien, Alleinerziehenden und auf Hilfe angewiesenen Bürgern.

Die Stadtverwaltung wird von den Bürgern nicht daran gemessen, ob sie z.B. „interkulturelle Gärten“ einrichtet oder den „Deutschen Kabarettpreis“ stiftet, sondern ob man in Nürnberg vernünftig leben, lernen und arbeiten kann.

Es ist doch ein ausgesprochen Skandal, wenn beispielsweise das Preisgeld für diesen genannten „Kabarettpreis“ bei den letzten Haushaltsberatungen von 5000€ auf 10 000€ erhöht wurde, während die Toiletten in vielen städtischen Schulen völlig heruntergekommen sind und seit Jahren dringlich renoviert werden müßten.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, wie realitätsfern oftmals hier Beschlüsse gefaßt werden, die der Bürger einfach nicht mehr nachvollziehen kann. Jetzt ist man aufgrund der Proteste vielleicht endlich aufgewacht, wie auch bei der Situation der Brücken in Nürnberg. Aber nun ist aufgrund der jahrelangen städtischen Ausgabenpolitik fast kein Geld mehr da. Das Geld, was man eigentlich nicht mehr hat, braucht man auch in den nächsten Jahren für Prestigeobjekte wie die „Delphinlagune“ und für eine überflüssige Straßenbahntrasse in der Pillenreuther Straße, die keiner

will und keiner braucht, um hier nur zwei gravierende Beispiele zu nennen.

Wir fordern also die Konzentration auf das Wesentliche der Stadtpolitik. Und wir fordern, beim sparen „von oben“ mit gutem Beispiel voran zu gehen. Anstelle bei den „kleinen Leuten“ zu sparen und die Bürger mit immer höheren Abgaben zu belasten, müßte endlich eine Verwaltungsreform an der Spitze stattfinden, die wir seit Jahren einfordern.

Anstatt die Verwaltungsspitze aufzublähen, wie in den letzten Jahren durch die Schaffung neuer Referentenposten geschehen, müßte die Zahl der städtischen Referenten reduziert und der vergleichbarer Städte angepaßt werden. Wir haben weiterhin Anträge eingereicht, die Zuschüsse an die Fraktionen zu kürzen und die Aufwandsentschädigung für die Stadtratsmitglieder zumindest auf den Stand vor der letzten Erhöhung abzusenken.

Leider ist aber die Mehrheit dieses Stadtrates nicht einmal zu relativ geringfügigen Kürzungen seiner Pfründe bereit. Das bleibt auch hier und heute erneut festzustellen!

Gänzlich ein Tabuthema sind die enormen Sozialkosten der Städte für eine immer größer werdende Zahl integrationsunfähiger und/oder integrationsunwilliger Ausländer aus

fremden außereuropäischen Kulturkreisen. Auch Nürnberg ist hier übermäßig belastet.

Bei der Grundsicherung nach Hartz IV sind 38,4 % der Leistungsbezieher Ausländer, bei einem Gesamtetat von fast 97 Millionen Euro und einer Steigerung von 5,4 Mio Euro zum Vorjahr.

Bei der Grundsicherung im Alter, mit einem Gesamtetat von 30,6 Millionen Euro und einer Steigerung von 1,8 Mio. Euro zum Vorjahr, sind 43,6 % der Leistungsbezieher Ausländer, die 54,6 % der Gesamtsumme erhalten.

Jeder der dieses Thema aufgreift, wird gleich mit dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit „niedergemacht“. Es sollte doch zu denken geben, wenn selbst der ehemalige SPD-Finanzsenator in Berlin, Thilo Sarrazin, kürzlich an die Öffentlichkeit trat und dieses Problem thematisierte.

Als Ausweg forderte er „perspektivisch keine Transferleistungen an Einwanderer mehr“ zu zahlen und empfahl zur Lösung des Problems: „Kein Zuzug mehr und wer heiraten will, sollte dies im Ausland tun“, statt die Ehepartner nachkommen zu lassen. Wir fordern deshalb auch bei diesen Haushaltsberatungen die freiwilligen Leistungen an Ausländer zu streichen und endlich in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von Bund

Erscheinungsvermerk  
Anschrift Herausgeber  
und Verlag:

Satz und Druck: E.i.S.  
Nächste Ausgabe: bis zum 31.03.2010

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg  
Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Ralf Ollert  
Postfach 61 02 41  
90222 Nürnberg

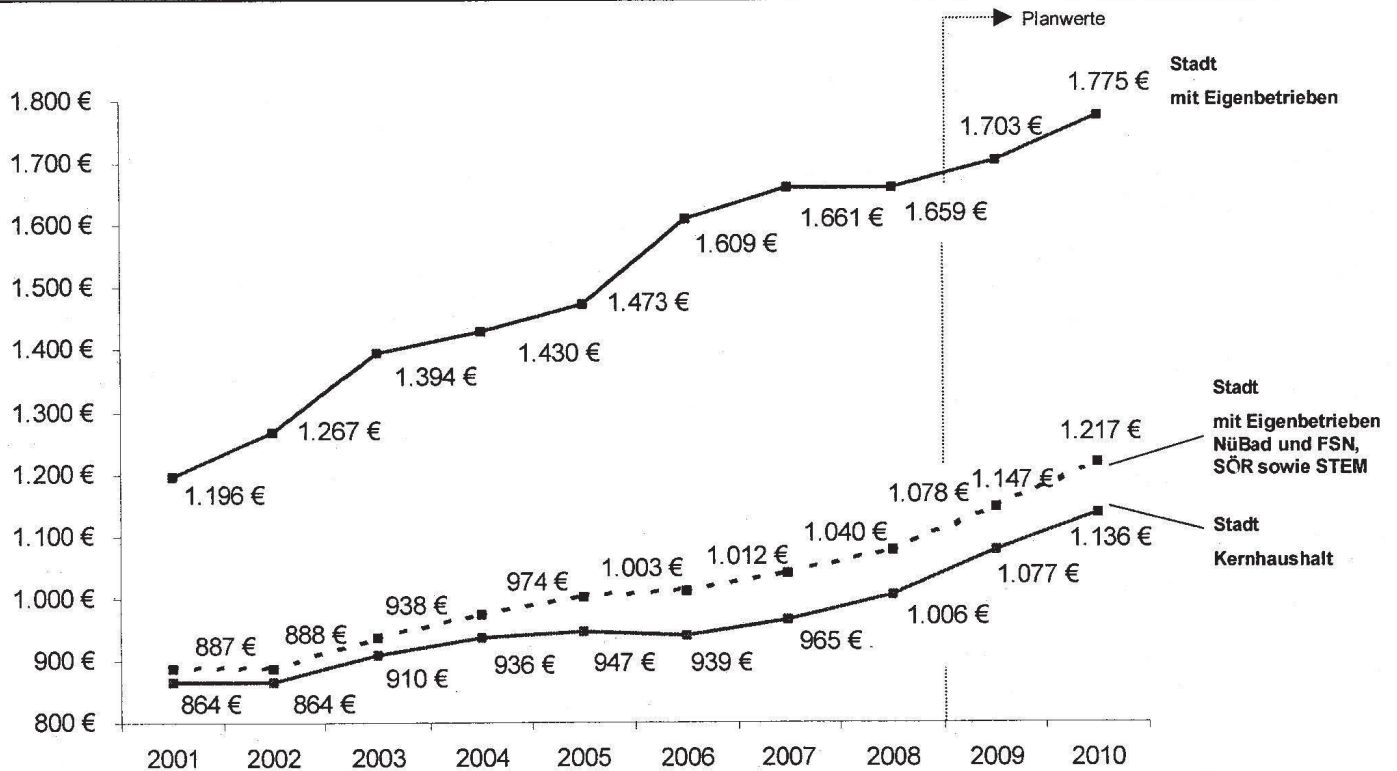
# Nürnberg

Fortsetzung von Seite 2

## Nürnbergs Schulden steigen immer weiter

### Schuldenstand der Stadt Nürnberg

Angaben zum Schuldenstand 2010 der Eigenbetriebe nach deren Angabe (Ansätze in Mio. Euro)



**BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus hält gemeinsam mit Ralf Ollert den vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2010 für verhängnisvoll. Durch die geplante Nettoneuverschuldung von 58,5 Millionen Euro wächst der Schuldenberg weiter auf 1,136 Milliarden Euro im Kernhaushalt und auf 1,775 Milliarden Euro mit den städtischen Eigenbetrieben.**  
BIA

und Land dem „Gesetz über den Aufenthalt, der Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“ Geltung zu verschaffen, welches im § 55 eine Ermessensausweisung für jeden Ausländer vorsieht, der „für sich, seine Familienangehörigen oder sonstige Haushaltsangehörige Sozialhilfe in Anspruch nimmt“. Neben anderen hat selbst der jüdische Publizist Ralph Giordano, der nun wirklich nicht im Verdacht der „Rechtslastigkeit“ steht, zu den Äußerungen von Thilo Sarrazin angemerkt: „Sarrazin weist zu Recht auf die haarsträubenden Zustände in den Parallelgesellschaften hin. Eingebrockt haben uns diese Verhältnisse Multikulti-Illusionisten, professionelle Gutmenschen, Umarmer vom Dienst, Sozialromantiker und Beschwichtigungsapostel. Denen darf man nicht nachgeben und sich nicht mundtot machen

lassen.“ Die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** wird genau dies beherzigen und sich auch zukünftig zum Wohle unserer Bürger für eine vernünftige Stadtpolitik einsetzen. Mit einer solchen Politik würde gesorgt, daß unser Nürnberg eine wohnliche deutsche Stadt bleibt, bzw. wieder wird, und seine Gemeinschaftsaufgaben

künftige Generationen nicht mit übermäßigen und nicht mehr tilgbaren Schulden belastet werden. Hier geht es um die Investitions- und Entwicklungsfähigkeit unserer Stadt und somit um die gesicherte Zukunft unseres Gemeinwesens. Den Haushaltsplanentwurf für 2010 lehnen wir deshalb ab.  
**Ralf Ollert**, Sprecher der BIA-Stadtratsgruppe

### An unsere Leser:

**Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten?**

**Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.**

**Schreiben Sie an:**

**Stadtrat Ralf Ollert  
Postfach 610241,  
90222 Nürnberg.**

# Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Besuchen Sie uns im Weltnetz: [www.auslaenderstopp.de](http://www.auslaenderstopp.de)

**Fürther Traditionsunternehmen muß schließen**

## Solidarität mit den Quelle-Mitarbeitern

Was nicht einmal der 2. Weltkrieg geschafft hat, ist jetzt eine Tatsache geworden. Nach 82 Jahren macht das Nürnberg-Fürther Traditionsunternehmen Quelle dicht. Nach Angaben des Insolvenzverwalters des Mutterkonzerns Arcandor gibt es im Konzernbetrieb keinerlei Substanz mehr. Der Bankrott mußte zwangsläufig erklärt werden.

Eine seit Jahren unverantwortliche Unternehmenspolitik von sogenannten „Managern“, die nur auf ihren Vorteil aus waren und nicht die Zukunft des Unternehmens im Blick hatten, hat jetzt zu diesem katastrophalen Ergebnis geführt. Die Firmengründer und langjährigen Geschäftsführer, Gustav und Grete Schickedanz, würden sich „im Grabe herumdrehen“, wenn sie sehen könnten, was aus ihrem Familienunternehmen gemacht wurde.

Bereits im letzten Jahr konnte das Versandhaus Quelle konnte nur durch eine 50-Millionen-Euro-Finanzspritze aus Steuergeldern überhaupt in die Lage versetzt werden, die Winterkataloge zu drucken und auszuliefern. Nun teilte der Insolvenzverwalter mit, daß trotz langer Verhandlungen kein Käufer für Quelle gefunden wurde.

Noch in der vergangenen Woche konnte man in den Wirtschaftsnachrichten geradezu euphorische Meldungen lesen, wonach die Testkäufer (ein ausgewählter Personenkreis, welcher die Kataloge vorab erhält) angeblich in bisher kaum gekanntem Maße Waren orderten. In Wahrheit ging das Geschäft



**Solche Geldsäcke stellen die brD-Herrschenden regelmäßig für eigene Diäten, Zahlungen ans Ausland oder Kosten der Überfremdung zur Verfügung. Deutsche Arbeiter, der Mittelstand und deutsche Firmen gehen derweil den Weg in die Pleite. Foto: frank13 / pixelio**

immer mehr bergab. Und jetzt das Ende: 7000 Quelle-Mitarbeiter werden nach aktuellen Meldungen entlassen werden und gehen mit ihren Familien einer ungesicherten Zukunft entgegen. Ein „Tiefschlag“ im Großraum Nürnberg, der mit den Pleiten von Grundig und AEG ohnehin von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Die Gründe für die Quelle-Pleite sind sicher vielfältig. So spielt einerseits die seit der Euro-Einführung beständig gesunkene Kaufkraft der Masse unseres Volkes und der damit zusammenhängende schwache Binnenmarkt eine Rolle. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung des Versandhandels über das Weltnetz, wo die Quelle gegenüber ihren Konkurrenten

nicht richtig aufgestellt war. Letztlich aber ist das Unternehmen ein Opfer des liberalkapitalistischen Wirtschaftssystems geworden, wo es keine der Volksgemeinschaft und der eigenen Belegschaft verpflichteten Privatunternehmer mehr gibt. Sondern nur noch globalisierte Konzernunternehmen, mit Managern an der Spitze, die zeitlich befristete Verträge mit horrenden Honoraren haben. Handeln diese Manager falsch, sind nicht sie die Geschädigten, sondern die Unternehmen mit ihren Mitarbeitern.

Im Fall Quelle sei noch darauf verwiesen, daß hier der von den Medien hochgejubelte Wirtschaftsminister zu Gutenberg und der bayerische Ministerpräsident Seehofer auf Zeit gespielt haben, um die drohende Liquidierung von Quelle noch hinter die Landtags- und Bundestagswahl zu bringen. So ließ sich Herr Seehofer noch mit dem Winterkatalog von Quelle mediengerecht filmen. Offensichtlich hat man die 50-Millionen-Euro-Hilfe im letzten Jahr ohne konkrete Zusagen gegeben. Dies war unverantwortlich gegenüber dem Steuerzahler und den Quelle-Mitarbeitern. So etwas nennt man Insolvenzverschleppung. Weitere Firmen mit Tausenden Mitarbeitern werden wohl folgen. Es wird Winter in Deutschland. Die Wahlen sind vorbei, jetzt erhalten die Wähler die Quittung präsentiert. Die Erklärung aus der Bayerischen Staatskanzlei, alles für den Erhalt von Quelle getan zu haben, ist offenkundig eine reine Schutzbehauptung, denn letztlich

wurde nichts positiv beeinflusst.

Für eine echte politische Wende bedürfte es einer neuen Politik, wie dies die nationalen Kräfte fordern. Wir müssen deutsches Geld wieder für deutsche Aufgaben verwenden und nicht die Arbeitsplatzvernichtung in Deutschland noch über die EU subventionieren. Und: Wie Thilo Sarrazin vor einigen Tagen sehr richtig feststellte, sind es eben überproportional Ausländer, welche die sozialen Sicherungssysteme dieses Landes belasten und somit Mittel verschlingen, die dem deutschen Bürger im Ernstfalle daher nicht mehr zur Verfügung stehen.

In erster Linie muß aber dafür gesorgt werden, daß Deutsche in ihrem eigenen Land von ihrer Hände Arbeit leben können. Der deutschen Wirtschaft muß klargemacht und sie muß notfalls dazu gezwungen werden, daß zuerst Deutsche zu beschäftigen sind. Wer als (Nicht-EU-)Ausländer arbeitslos ist, gar Sozialhilfe bezieht, ist umgehend in sein Heimatland abzuschicken. Bei notwendigen Entlassungen ist zunächst dieser Personenkreis auszustellen, bei Einstellungen sind Deutsche zu bevorzugen. Das ist keineswegs inhuman oder gar ausländerfeindlich, sondern ein ganz normales Verfahren in den meisten Ländern, die sich nicht im Würgegriff von Gutmenschenmafia und inländerfeindlichen Psychopathen befinden. Grundsätzlich muß statt der Globalisierung wieder eine raumorientierte Volkswirtschaft, in Deutschland durchgesetzt werden.

**BIA Nürnberg**